

11/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Zukunft gewinnen heißt für soziale Gerechtigkeit eintreten

Soziale Sicherung und sozialen Ausgleich hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, als das zentrale Anliegen der Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Herbst 1982 bezeichnet. Trotz schwieriger Ausgangslage habe die Bundesregierung mit Erfolg dafür Sorge getragen, daß die Grundlagen für einen sozial gerechten Ausgleich zwischen Starken und Schwachen wieder geschaffen und die Vorsorge für verbleibende soziale Risiken wesentlich verbessert wurden. Wer dies in Zweifel zieht — so der Bundeskanzler —, verschließt die Augen vor den folgenden Tatsachen:

Die Erfolge der Politik dieser Bundesregierung für soziale Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich lassen sich in vielen Bereichen nachweisen. Zunächst kann festgehalten werden, daß die verbesserte Wirtschaftslage im besonderen Maße sozial Benachteiligten zugute gekommen ist. Das seit sieben Jahren anhaltende Wirtschaftswachstum hat die Schaffung von rund einer Million neuer Arbeitsplätze, darunter über 600.000 für Frauen, ermöglicht. Die Einkommenssituation von Arbeitnehmern und Rentnern hat sich seit dem Regierungswechsel erheblich verbessert. In allen Einkommensgruppen stieg das Real-einkommen seit 1983 wesentlich stärker als in den davorliegenden Jahren. Dabei haben besonders die

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● 40 Jahre NATO

Generalsekretär Heiner Geißler: 40 Jahre Frieden in Freiheit. Seite 4

● Helmut Kohl:

Familie ist Zukunft. Neue Aufgaben und neue Chancen. Seite 9

● Beschäftigung

Norbert Blüm: Der Aufschwung erfaßt jetzt auch den Arbeitsmarkt. Seite 12

● Europa

Europäischer Binnenmarkt 1992: Neue Chancen, neue Arbeitsplätze. Seite 18

● Umfrage

Die Öffentlichkeitsarbeit der CDU vor Ort. Seite 20

● Öffentlichkeitsarbeit

Außenwerbung im Europawahlkampf. Seite 22

● Dokumentation

Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm: Ein Dokument der Orientierungslosigkeit. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Bezieher niedriger Einkommen von den stabilen Preisen profitiert. Bei den Beschäftigten mit höherem Einkommen nahmen zwischen 1982 und 1987 die verfügbaren Netto-Einkommen um 7,8 Prozent zu; bei den Arbeitnehmern mit mittleren Einkommen stiegen sie um 12,2 Prozent, und bei den Rentnern und Arbeitnehmern mit geringem Einkommen betrug der Zuwachs der verfügbaren Netto-Einkommen sogar 15,5 Prozent.

Auch das reale Einkommen der Sozialhilfeempfänger hat sich stark verbessert, da die Sozialhilfesätze über den Teuerungsausgleich hinaus angehoben wurden. Während die Einkommen dieser Gruppe von 1979 bis 1983 real um 5,3 Prozent gesunken sind, stiegen sie in den letzten fünf Jahren um real 12,5 Prozent.

Die Familien sind erheblich bessergestellt

Die Familien werden im Zeitraum von 1985 bis 1990 finanziell erheblich bessergestellt. Die Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie umfangreiche Zuwendungen bringen den Familien Verbesserungen in Höhe von rund 17 Milliarden Mark jährlich. Die kinderbedingte Steuerermäßigung wird 1990 im Vergleich zu 1985 vervierfacht. Für ein kinderloses Ehepaar mit einem Brutto-Jahresverdienst von 40.000 Mark wird die Steuerbelastung 1990 im Vergleich zu 1985 um 25,5 Prozent gesenkt. Bei einem Ehepaar mit zwei Kindern wird die Entlastung 46,9 Prozent und bei einem Ehepaar mit vier Kindern sogar 69,5 Prozent betragen. Allein diese Maßnahme bringt Familien mit Kindern finanzielle Verbesserungen von zusammen 6,7 Milliarden Mark jährlich.

Weitere herausragende familienpolitische Leistungen sind die Einführung des Erziehungsgeldes und des Kindergeldzu-

schlages sowie die Anhebung des Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende. Hinzu kommen die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente, für die 1990 4,2 Milliarden Mark bereitgestellt werden und die Erhöhung des Wohngeldes um 30 Prozent sowie die wesentliche Ausweitung des Kreises der Wohngeldberechtigten. Generell gilt: Familien werden um so stärker entlastet, je kleiner das Einkommen und je höher die Kinderzahl ist.

Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld verlängert

Auch die Situation der durch Arbeitslosigkeit Betroffenen ist spürbar verbessert worden. Die maximale Bezugsdauer für Arbeitslosengeld wurde für ältere Arbeitnehmer von 12 auf 32 Monate verlängert. Entscheidend ist jedoch, daß die berufliche Qualifizierung und damit der Wiedereintritt in den Beruf weitergekommen ist. Während 1982 nur rund 265.000 Personen an einer Qualifizierungsmaßnahme teilnahmen, waren dies 1988 schon 566.000. Die Mittel hierfür wuchsen entsprechend von 6,9 auf 15,5 Milliarden Mark. Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurde der unmittelbare Einstieg in den Beruf wesentlich erleichtert. 1982 kamen 29.000 Personen in eine entsprechende Fördermaßnahme, 1988 waren es 115.000 Personen. Die Halbierung der Jugendarbeitslosigkeit gegenüber 1983 unterstreicht die Richtigkeit dieser Maßnahmen.

Es muß in diesem Zusammenhang auch hervorgehoben werden, daß die Steuerreform nicht allein den Beschäftigten, sondern auch den Arbeitslosen, deren Ansprüche sich am Nettolohn orientieren, zugute kommt. Geringere Steuerbelastung bedeutet höheres Netto-Einkommen und in der Folge auch höheres Arbeitslosengeld und höhere Arbeitslo-

senhilfe. Im Schnitt bringt dies eine Verbesserung von 4,8 Prozent für die Betroffenen.

Die CDU hat sich stets bei ihrer Sozialpolitik von christlicher Verantwortung leiten lassen. An diesem Grundprinzip halten wir fest. Diese Bundesregierung hat gerade für die sozial Schwächeren finanzielle Verbesserungen durchgesetzt. Wer dennoch behauptet, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik nur für eine sogenannte Zweidrittel-Gesellschaft Vorteile gebracht hat, wird durch die Tatsachen widerlegt. Die sozial Schwächeren werden keineswegs vergessen oder ausgegrenzt, sondern durch gezielte Sozial-, Arbeitsmarkt-, Wohnungsbau- und Steuerpolitik unterstützt und sind damit voll in unsere Gesellschaft integriert. Wer dies bestreitet, handelt entweder aus Boswilligkeit oder aus Unwissenheit. Die sozialen Leistungen sind in den letzten Jahren wesentlich angehoben worden. Sie sind von 524 Milliarden Mark im Jahr 1982 auf 658 Milliarden Mark im Jahr 1988 gestiegen. Das folgende Beispiel beweist auch, daß von diesen Verbesserungen die sozial Schwächsten durchaus erreicht wurden. So ist die Sozialhilfe für eine Familie mit zwei Kindern mittlerweile annähernd so hoch wie das Netto-Einkommen eines Arbeiters in unteren Lohngruppen. Insgesamt geht es um 1,2 Millionen Sozialhilfeempfänger, das sind zwei Prozent der Bevölkerung.

Das soziale Netz bleibt eng geknüpft und tragfähig

Die Bundesregierung und vor allem die Christlich Demokratische Union werden auch künftig ihrer Verantwortung gerecht werden. Durch die jüngsten Beschlüsse zur weiteren Verbesserung der Situation der Familien, der Wohnungssuchenden und der Studenten hat die Koalition ihre

Bereitschaft und Fähigkeit zum Handeln erneut unter Beweis gestellt.

Die Bundesregierung läßt niemanden im Stich, der unverschuldet in Not gerät. Das soziale Netz bleibt eng geknüpft und tragfähig. Denn soziale Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich sind Grundwerte unserer Politik. Aber ebenso sicher gilt

„Besonders die Bezieher niedriger Einkommen profitieren von unserer Politik“

der Grundsatz, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik untrennbar miteinander verbunden sind. Eine Sozialpolitik ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beraubt sich selbst ihrer Einnahmequellen. Eine solide Politik muß immer von der Erkenntnis ausgehen, daß wir das Geld, das unser Staat ausgibt, immer zuerst erarbeiten müssen. Auch deshalb wird die Bundesregierung ihre erfolgreiche Wirtschaftspolitik weiterführen — im Interesse aller werden wir uns dabei auch in Zukunft an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren.

Fehlende Arbeitskräfte

Das Münchner Ifo-Institut hat ermittelt, daß in der Eisen-, Blech- und Metallverarbeitenden Industrie (EBM) 13 Prozent aller Unternehmen über Mangel an Fachkräften klagen, beim Maschinenbau und dem Bekleidungsgewerbe sind es je 8 Prozent und in der Kunststoffverarbeitung 7 Prozent aller Unternehmen.

Generalsekretär Heiner Geißler:

40 Jahre Frieden in Freiheit

Anläßlich des 40. Jahrestages der Gründung der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft hat Generalsekretär Heiner Geißler an das Nobelpreis-Komitee in Oslo einen Brief geschrieben und darin die NATO für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Vor der Presse in Bonn führte der Generalsekretär dazu aus:

Die NATO hat als Verteidigungsbündnis von freien und gleichberechtigten Staaten in Europa und Nordamerika 40 Jahre lang den Frieden gesichert, während in demselben Zeitraum auf der Erde über hundert Kriege stattgefunden haben.

Dies ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil Europa der Kontinent ist, von dem zwei Weltkriege ausgegangen waren, der nach dem letzten Weltkrieg zu einer der Hauptkonfliktzonen der Welt wurde und der bis heute noch ein gespaltenen Kontinent ist. Deshalb ist es eine geschichtlich einmalige Leistung, daß trotz dieser politischen Situation kein Krieg in Europa ausbrach und der Frieden 40 Jahre gesichert werden konnte.

Am Beginn einer neuen Phase

Dieses für die ganze Welt bedeutsame Ergebnis war nicht die Folge pazifistischer Konzepte, sondern die Folge des friedensstiftenden Charakters der auf wirksame und glaubwürdige Verteidigung angelegten Sicherheitspolitik der NATO.

Ein starkes und einiges atlantisches Bündnis bleibt auch in der Zukunft das Fundament der Freiheit und der Sicherheit des Westens.

Heute steht die NATO am Beginn einer neuen Phase ihrer Politik. Der westeuropäische Integrationsprozeß ist inzwischen weit fortgeschritten und übt auch auf die Staaten des Warschauer Paktes eine besondere Anziehungskraft aus. Die sowjetische Politik ist durch die neue Führung in Moskau in Bewegung geraten. Bemerkenswert sind auch die Anzeichen und Entwicklungen in anderen Staaten des Warschauer Paktes, die auf mehr innere und äußere Selbstbestimmung ausgerichtet sind.

„Atlantische Charta — NATO 2000“

Diese Veränderungen in West- und Osteuropa erfordern eine Weiterentwicklung der NATO-Politik für die 90er Jahre. Notwendig ist, daß die NATO sich von einer Verteidigungsgemeinschaft zu einer politischen Sicherheitsgemeinschaft weiterentwickelt, die mit einer erneuerten politischen Konzeption der veränderten Situation Rechnung trägt. Die CDU hat deshalb eine „Atlantische Charta — NATO 2000“ vorgeschlagen, die auf Grund einer veränderten Bedrohungsanalyse eine grundlegende Neubewertung der politischen Situation vornimmt und sowohl den Erfordernissen militärischer Sicherheit wie der Abrüstung und Rüstungskontrolle in den 90er Jahren genügt.

Schon aus diesem Grunde muß die Europäische Gemeinschaft zu einem Zentrum internationaler Politik werden. Dazu gehört auch, daß sich parallel zum Europäischen Binnenmarkt die Europäische

Gemeinschaft zu einer Sicherheitsunion zusammenschließt, die im atlantischen Bündnis verankert ist. Das freie Europa muß seine wirtschaftliche Kraft in außen- und sicherheitspolitisches Gewicht umsetzen, mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen und dadurch den europäischen Pfeiler im Bündnis stärken.

Europäische Friedensordnung keine Utopie

Die CDU erstrebt langfristig eine gesamteuropäische Friedensordnung, die alle Staaten Europas umfaßt. Eine gesamteuropäische Friedensordnung ist heute angesichts der vor wenigen Jahren noch kaum für möglich gehaltenen Dynamik im Ost-West-Verhältnis keine Utopie mehr. Die politische Gestaltung dieser Friedensordnung ist vor allem eine Aufgabe für die europäischen Völker in enger Zusammenarbeit mit unserem amerikani-

CDU an der Seite

der Bundeswehr

schen Bündnispartner und kann deshalb nicht einem bilateralen Dialog zwischen den USA und der UdSSR vorbehalten bleiben.

In der zweiten Phase der NATO hat die Bundesrepublik Deutschland ein besonderes Gewicht. Sie ist politisch, wirtschaftlich und militärisch ein bedeutsamer Faktor im westlichen Bündnis und ein politischer Motor der Europäischen Gemeinschaft. Viele Staaten der Welt erwarten von der Bundesrepublik Deutschland eigene Beiträge zur Bewältigung gemeinsamer Probleme. Deshalb muß die Bundesrepublik Deutschland auch bereit sein, auf entsprechenden Wunsch hin Bundeswehreinheiten im

Helmut Kohl: Wir brauchen die NATO

Die NATO braucht die Bundesrepublik Deutschland und umgekehrt. Dies wird auch in Zukunft so bleiben. Der Bundesrepublik Deutschland kommt aufgrund ihrer geostrategischen Lage, aufgrund der Stärke der Bundeswehr eine Schlüsselfunktion im Bündnis zu. Wir brauchen die NATO, weil sie uns Frieden in Freiheit und Sicherheit garantiert und nur die feste Verankerung im Bündnis uns die Möglichkeit bietet, gestaltend auf die West-Ost-Beziehungen, auch auf Rüstungskontrolle und Abrüstung, Einfluß zu nehmen.

Rahmen von UN-Friedenstruppen sowie im internationalen Umwelt- und Katastrophenschutz einzusetzen. Sie muß zusammen mit ihren westlichen Partnern Mitgestalter der internationalen Politik sein, damit ihre Ziele und Interessen berücksichtigt werden. Diese neuen Aufgaben gelten unabhängig von der Bedrohungseinschätzung und geben eine neue wichtige Begründung für den Auftrag der Bundeswehr.

Der Lohn für Verteidigungsbereitschaft ist die Garantie, in einem freien Staat, in

einer freien Gesellschaft leben zu können. Deshalb haben die Soldaten der Bundeswehr für diesen Dienst und die damit verbundenen Opfer Anspruch auf Dank und Anerkennung. Die Soldaten leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung des äußeren Friedens und schaffen die Voraussetzung dafür, daß die Wehrdienstverweigerer ihr Grundrecht überhaupt in Anspruch nehmen können.

Wehrdienst ist Friedensdienst

Unser Verteidigungsbeitrag, aber ebenso auch unsere Abrüstungserfolge, die Verbesserung des politischen Gesamtklimas zwischen West und Ost und der Reformprozeß in der Sowjetunion haben die Hoffnungen unserer Bürger auf eine friedliche und sichere Zukunft gestärkt.

Das Bedrohungsgefühl geht zurück, die Kriegsangst, die SPD und Grüne vor wenigen Jahren bei den Menschen geschürt haben, ist verschwunden. Der Frieden in Europa ist heute stabiler denn je, wozu die Politik der Bundesregierung wichtige Beiträge geleistet hat. In dieser neuen Situation steht die CDU an der Seite der Bundeswehr:

● Wir werden auf allen Ebenen der Partei mit den Bürgern unseres Landes einen intensiven Dialog über die Notwendigkeit unserer Verteidigungsfähigkeit und unseren Willen zur Entspannung und Abrüstung führen.

● Wir werden den Menschen deutlich machen, daß sich unsere Sicherheitspolitik an ethischen und moralischen Werten orientiert, daß der Friede, den wir wollen, mehr ist als nur das Schweigen der Waffen, weil er die Garantie der Freiheit, Menschenrechte und Gerechtigkeit einschließt.

Historische Leistung der Regierung unter Helmut Kohl

Selten in den Jahrzehnten seit dem zweiten Weltkrieg war unter den europäischen Völkern das Gefühl so weit verbreitet, fern jeden Konfliktes oder gar einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West zu sein, wie es heute der Fall ist. Darin liegt im Verbund mit den anderen Regierungen der Allianz der weitreichende Erfolg und die historische Leistung der Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Nichts macht dies deutlicher als ein Vergleich mit der Zeit von vor sechs bis acht Jahren. Während andere noch die Grundlagen für sowjetische Vorherrschaft legten oder von „Eiszeiten“ fabulierten, führte die Politik der Bundesregierung in eine neue Qualität der Ost-West-Beziehungen. Die Basis dafür schuf auch die Allianz. Ihre Leistungskraft könnte auf Dauer dazu beitragen, daß militärische Fragen in den Hintergrund treten und die Leistungsstärken westlicher Demokratien in politischer, ökonomischer und kultureller sowie sozialer Hinsicht ihre Kraft voll entfalten können.

**Willy Wimmer,
Staatssekretär beim
Bundesminister der Verteidigung**

Alfred Dregger: Nie zuvor gab es eine so lange Periode des Friedens

Zum 40jährigen Bestehen der NATO hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, die Allianz mehr als ein klassisches Militärbündnis genannt und den Erfolg des Bündnisses auf die Überzeugung zurückgeführt, gemeinsame Werte zu verteidigen.

Vor allem nennt Dregger drei wesentliche Entwicklungen, die seiner Meinung nach erst möglich geworden sind, weil es dieses Bündnis gibt:

1. Die europäische Einigung

Unbestreitbar hat die Sowjetunion den europäischen Einigungsprozeß nicht gewünscht. Sie hat bis vor kurzem alle

40 Jahre

NATO

europäischen Institutionen ignoriert. Sie hat diesen Prozeß zu behindern getrachtet. Sie hätte ihn verhindert, wenn es das westliche Bündnis nicht gegeben hätte.

2. Die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen

Seit dem Harmel-Bericht von 1967 war es das erklärte politische Ziel des Westens, die politischen Spannungsursachen aufgrund von Sicherheitsgarantien zu überwinden. Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit sollte dafür die Voraussetzung sein. Wir kommen diesem Ziel jetzt näher.

3. Umbau, Transparenz und das neue Denken in der Sowjetunion

Auch dies ist ein Erfolg des westlichen Bündnisses. Gorbatschow und seine Politik wären weder innenpolitisch nötig noch außenpolitisch möglich, wenn die NATO in den 70er und 80er Jahren nicht Breschnews Politik den Erfolg verwehrt hätte, einer Politik, die heute in der Sowjetunion als Phase der Stagnation und des Rückschritts charakterisiert wird. Insofern ist die NATO eine der Voraussetzungen für das neue Denken und den Umbau in der Sowjetunion.

40 Jahre Frieden

Vor vierzig Jahren lagen Deutschland und Europa in Ruinen. Die Sowjetunion unter Stalin schickte sich an, ganz Europa zu unterjochen. Dem setzten mutige Staatsmänner des Westens ihre Vision entgegen: Eine Schicksalsgemeinschaft der freien Völker Europas und Nordamerikas zur Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, zum Schutz des Friedens.

Sie gründeten das mächtigste und erfolgreichste Bündnis freier Staaten der Menschheitsgeschichte. Die NATO ermöglichte die längste Friedensperiode der Geschichte Europas.

**Manfred Wörner,
NATO-Generalsekretär**

40 Jahre NATO:

Ein solides Fundament in Zeiten des Wandels

Die NATO wird 40 Jahre alt. Es ist die Geschichte eines einmaligen Erfolges in der europäischen Friedenspolitik. Feinde von gestern wurden zu dauerhaften Freunden, zu Partnern bei der Bewahrung von Frieden in Freiheit. Der Allianz der Demokratien verdanken wir Europäer die längste Friedensperiode seit über 100 Jahren, die individuellen Freiheiten und damit auch unseren materiellen Wohlstand.

Hans-Gert Pöttering, sicherheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU im Europäischen Parlament: Gerade in Zeiten großen Wandels in Osteuropa brauchen wir das solide Fundament westlicher Verteidigungsfähigkeit, die mit Entspannungsbereitschaft gepaart ist. Man darf nicht vergessen, daß im weiterhin gültigen Harmel-Bericht gesagt wird, daß die Suche nach Entspannung nur Erfolg auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit verspricht. Diese Weisheit gilt auch heute noch. ■

Den Idealen des Friedens in Freiheit verpflichtet

Millionen von Soldaten unserer Verbündeten haben seit der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Allianz unser Land und seine Menschen, haben die besonderen Probleme eines geteilten Landes an der Nahtstelle zwischen den Bündnissystemen kennengelernt. Soldaten der Bundeswehr leisten ihren Dienst in anderen Ländern der NATO, arbeiten mit ihren ausländischen NATO-Kameraden häufig in gemeinsamen Städten. Über die verteidigungspolitische Zielsetzung hinaus hat sich die NATO damit längst zu einer Gemeinschaft demokratischer Staaten entwickelt, die den Idealen des Friedens in Freiheit verpflichtet ist.

**Verteidigungsminister
Rupert Scholz**

CDU-Bundeswehrbeauftragter Paul Breuer:

Die Soldaten haben unser Vertrauen

Um die Kontakte zur Bundeswehr zu verstärken und den Dialog zwischen CDU und Soldaten zu intensivieren, hat der Bundesvorstand einen Bundeswehrbeauftragten benannt: **Paul Breuer**, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vertreter seiner Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages. Paul Breuer ist am Montag von Generalsekretär Heiner

Geißler der Öffentlichkeit vorgestellt worden und hat den IG-Metall-Aufruf zur „massenhaften, hunderttausendfachen Kriegsdienstverweigerung“ nicht nur zum Anlaß genommen, das Vertrauen der CDU zur Bundeswehr und ihren Soldaten gegenüber zu bekräftigen; er hat auch entschieden alle Versuche zurückgewiesen, die Soldaten der Bundeswehr moralisch auszugrenzen.

Helmut Kohl: Familie ist Zukunft

Zur Eröffnung des XIV. Internationalen Familienkongresses in der Bonner Beethovenhalle hat Bundeskanzler Helmut Kohl den Teilnehmern seine besten Grüße und Wünsche übermittelt und den Leitgedanken der Veranstaltung „Familie ist Zukunft“ als eine ermutigende Botschaft bezeichnet, die möglichst viele Menschen hierzulande, aber auch in Europa und auf der ganzen Welt erreichen soll. Weiter heißt es in dem Grußwort des Bundeskanzlers:

Ich bin fest davon überzeugt, daß der Familie unter den heutigen Bedingungen neue Aufgaben und neue Chancen zuwachsen. Nach wie vor bildet sie das Fundament für eine Lebensumwelt, die dem Menschen gemäß ist. Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Liebe zu Kindern, Solidarität zwischen den Generationen — das alles kann eine Gesellschaft nur prägen, wenn es sich in der Familie bewährt. Die Erfahrung der Geborgenheit ist die Quelle eines ausgeglichenen Selbstwertgefühls, das vor allem auch jungen Menschen Halt gibt und sie dazu befähigt, Verantwortung wahrzunehmen für sich und für andere.

Wo lernen unsere Kinder Rücksicht und Toleranz?

Nur so kann es gelingen, den Egoismus von Einzelpersonen und von Gruppen zu überwinden, der den Zusammenhalt unserer modernen Gesellschaft von innen her in Frage stellt. Wo könnten unsere Kinder Toleranz, Hilfsbereitschaft und Rücksichtnahme besser erlernen und einüben als in der Familie — Tugenden also, die für ein friedliches Zusammenleben in der Gemeinschaft unerläßlich sind? Wo

könnten sie überzeugender erfahren, daß wahre Liebe nicht an die Erwartung einer Gegenleistung geknüpft ist?

Auch in unserem vom Pluralismus geprägten Zeitalter gilt, daß die Familie nicht etwa nur eine beliebige Lebensform unter vielen ist; vielmehr stellt sie eine Form des Zusammenlebens dar, die den grundlegenden Bedürfnissen des Menschen in besonderer Weise entspricht.

Daueraufgabe, die nie abgeschlossen sein wird

Die von mir geführte Bundesregierung betrachtet denn auch ihre Politik für die Familie als eine zentrale Aufgabe bei der Gestaltung einer Gesellschaft, die sich unter den Bedingungen des wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Wandels ihre humane Qualität und menschliche Wärme bewahrt.

In diesem Sinne haben wir die Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur materiell auf ein neues Fundament gestellt; wir haben auch unseren Beitrag dazu geleistet, daß die Familie als erster und wichtigster Ort der Sinn- und Wertevermittlung wieder stärker anerkannt wird. Mit Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und der rentensteigernen Berücksichtigung von Erziehungsjahren wurde erstmals ein deutliches Signal dafür gesetzt, daß Arbeit in der Familie und für die Familie ebenso Anerkennung verdient wie eine Erwerbstätigkeit.

Die geistige Erneuerung, die wir nicht zuletzt mit diesen Maßnahmen eingeleitet haben, ist freilich eine Daueraufgabe, die nie abgeschlossen sein wird. Insbesondere darf uns die Tatache, daß in den reichen Industrienationen der nördlichen

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

STICHWORT

ERASMUS

Mit dem ERASMUS-Programm fördert die Europäische Gemeinschaft die Mobilität von Hochschulstudenten und Dozenten. ERASMUS ist seit dem 15. Juli 1987 in Kraft und wurde für die ersten drei Jahre 1987 bis 1990 mit insgesamt 85 Millionen ECU (rund 170 Millionen Mark) ausgestattet.

Durch das ERASMUS-Programm sollen die sechs Millionen Hochschulstudenten der Gemeinschaft motiviert werden, einen Teil ihres Studiums an einer Hochschule eines anderen EG-Mitgliedsstaates zu absolvieren. Bisher liegt der Anteil der Studenten, die in einem anderen Land der Gemeinschaft studieren, weit unter einem Prozent. Durch ein Studium im Nachbarland soll die Zusammenarbeit in Europa für die kommende Generation der Führungskräfte in Wirtschaft und Politik vorbereitet werden.

Im Studienjahr 1988/89 werden 6 500 ERASMUS-Stipendien vergeben. Bei den Fachrichtungen dominieren die Sprach- und Ingenieurwissenschaften. Bis 1990 werden rund 25 000 Studenten aus der EG durch ERASMUS gefördert werden und 1 700 Hochschuleinrichtungen für die Ausarbeitung von Austauschprogrammen finanzielle Hilfe erhalten können.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Hemisphäre die Ehrfurcht vor dem ungeborenen menschlichen Leben dramatisch abgenommen hat, nicht ruhen lassen. Ich bin jedoch zuversichtlich: Immer mehr Menschen erkennen, daß nur die umfassende Achtung vor dem menschlichen Leben uns in eine humane Zukunft führt.

Spielhallenflut soll eingedämmt werden

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat unter Vorsitz von Franz Möller in seiner Sitzung am 15. März Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Eindämmung der Spielhallenflut in den Städten und Gemeinden beschlossen. Die teilweise sehr expansive Entwicklung von Spielhallen in den Innenstädten und Ortskernen hat zu großen Besorgnissen geführt. Nicht nur die Beeinträchtigung des Stadt- und Straßenbildes und die Vertreibung traditioneller Einzelhandelsbetriebe, sondern auch die Gefährdung der Jugend durch Umfeldkriminalität werden als Folgen der Spielhallenverbreitung angeführt.

Deshalb fordert der Bundestag die Länder und Gemeinden auf,

- die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen in Spielhallen und Gaststätten streng zu überwachen,
- notwendige Maßnahmen zur Vermeidung von Kriminalität zu ergreifen,
- die Ansiedlung von zu vielen neuen Spielhallen nicht wegen der hohen Steuererträge zuzulassen,
- die Ballung von Spielstandorten durch Anwendung der bestehenden baurechtlichen Instrumentarien zu verhindern.

Um das planungs- und baurechtliche Instrumentarium gegenüber Vergnügungstätten zu verbessern, hat der Städtebauausschuß an die Bundesregierung appelliert, die Baunutzungsverordnung dahingehend zu ändern, daß Spielhallen in reinen und allgemeinen Wohngebieten und in Kleinsiedlungen generell unzulässig sind. In besonderen Wohngebieten sollen sie nur ausnahmsweise zugelassen werden.

Die Gebührenmaßnahmen der Post

Die seit dem 1. April 1989 gültigen neuen Gebührenmaßnahmen der Deutschen Bundespost sind notwendig und sozial ausgewogen. Angesichts des wachsenden Defizits war eine Gebührenanpassung im Bereich Briefe, Päckchen und Pakete nach siebenjähriger Gebührenstabilität unausweichlich. Dabei ist die Steigerung der Gebühren niedriger als zum Beispiel die Entwicklung der Lohnkosten in diesen sieben Jahren.

Der Anhebung der Gebühren im Postwesen stehen Gebührensenkungen im Fernmeldebereich gegenüber. Damit trägt die Deutsche Bundespost der tatsächlichen Entwicklung im Fernmeldebereich Rechnung. Für den Fernmeldebereich sind Gebührensenkungen in drei Schritten vorgesehen:

Von der ersten Gebührensenkung zum 1. April 1989 profitieren vor allem der ländliche Raum und die Ferntarife. So

Der Anhebung der Gebühren stehen aber auch Gebührensenkungen gegenüber

wird man im Bereich von 20 Kilometer bis 50 Kilometer für eine Einheit (0,23 Mark) statt 45 Sekunden jetzt 60 Sekunden telefonieren können. Das ist ein Drittel länger. Am Abend und am Sonntag kommt es fast zu einer Halbierung des Billigtarifs. Man kann für die gleiche Einheit statt 67,5 Sekunden jetzt 120 Sekunden telefonieren. Das kommt besonders den Menschen

zugute, die außerhalb der Nahzone von Großstädten wohnen, aber Familienmitglieder, Freunde, Firmen, Institutionen und Behörden in der benachbarten Großstadt anrufen wollen. In dem Bereich über 100 Kilometer wird man für 23 Pfennig statt bisher 12 Sekunden jetzt 15 Sekunden = 25

Die Post trägt den tatsächlichen Lebensgewohnheiten der Menschen Rechnung

Prozent mehr telefonieren können. Damit trägt die Deutsche Bundespost unserer mobilen Informationsgesellschaft Rechnung. Mittelfristiges Ziel der Post ist es, die Ferngebühren auf die Hälfte abzusenken.

Gerhard O. Pfeffermann, postpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Damit wirkt die Post einerseits einer erneuten wirtschaftlichen Diskriminierung des ländlichen Raumes entgegen, und sie trägt andererseits auch den tatsächlichen Lebensgewohnheiten der Menschen Rechnung. Nur in sehr seltenen Fällen leben alle Mitglieder einer Familie heute noch im Bereich einer Nahtarifzone; das Bedürfnis, sich über größere Strecken hinweg öfter miteinander unterhalten zu können, ist in den letzten Jahren gewachsen. So gesehen, sind die neuen Fernmeldegebühren für den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland dringend notwendig, für die Familien und deren Privatgespräche höchst erfreulich.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:

Der Aufschwung erfaßt jetzt auch den Arbeitsmarkt

Zwischen dem 2. Quartal 1983 und dem 2. Quartal 1988 nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 1,1 Millionen zu. Etwas über zwei Drittel der neuen Arbeitsplätze sind Frauen zugute gekommen. Das sind rund 710.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Frauen. In der Jahresprojektion für 1989 geht die Bundesregierung von einem realen Wirtschaftswachstum von rund 2,5 Prozent aus. Diese stabile Wachstumsdynamik schlägt auch aktuell auf den Arbeitsmarkt durch:

- Seit Mitte 1988 sinkt die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit kontinuierlich.
- Die im Februar den Arbeitsämtern neu angebotenen 166.000 offenen Stellen sind der höchste Zugang in einem Februar seit 9 Jahren.
- 156.000 Personen haben die Arbeitsämter im Februar vermittelt, mehr als in jedem Februar nach 1980.
- Im Februar 1989 lag die Zahl der Arbeitslosen um 212.000 niedriger als im Februar vor einem Jahr. Das ist der stärkste Rückgang seit fast 20 Jahren.
- Das Lehrstellenproblem ist weitgehend gelöst.
- Die Arbeitslosigkeit der jungen Menschen unter 20 Jahren hat sich seit 1983 halbiert.

Steuerreform – ein beschäftigungspolitisches Dauerprogramm

Die Einkommensteuerreform und die weiteren Steuerentlastungen sind auch nach Berücksichtigung der Verbrauch-

steuererhöhungen durchschlagend und summieren sich ab 1990 zu einer jährlichen Nettoentlastung von rund 40 Milliarden DM. Der Staat verzichtet zugunsten seiner Bürger – das ist nicht nur ordnungspolitisch richtig. Von der Steuerentlastung hauptsächlich begünstigt sind die mittelständischen Unternehmen und die Arbeitnehmer. Die Steuerreform ermöglicht ihnen mehr Investitionen und mehr Konsum und ist damit ein beschäftigungspolitisches Dauerprogramm von geradezu grandiosen Ausmaßen. Die SPD spricht von Programmen, wir handeln.

Arbeitsförderung auf Rekordniveau

In der Arbeitsförderung haben wir ein Rekordniveau erreicht:

- Wir haben das Finanzvolumen der aktiven Arbeitsmarktpolitik von rund 7 Milliarden DM im Jahre 1982 auf rund 15 Milliarden DM im Jahre 1988 verdoppelt. Auch 1989 werden es rund 15 Milliarden DM sein.
- Mit diesen arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten wurde 1988 – rechnerisch – Arbeitslosigkeit von 440.000 Arbeitnehmern vermieden.
- Die Eintritte in berufliche Qualifizierungskurse haben sich von 1982 bis 1988 mehr als verdoppelt. Auch 1989 werden wir ein hohes Niveau haben.
- In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden 1989 rund dreimal so viele arbeitslose Arbeitnehmer beschäftigt sein wie 1982.

Arbeitsförderung für Frauen

Wir unterstützen die Wiedereintritte von Frauen in das Erwerbsleben. Hierfür wurde eine ganze Reihe von Instrumenten ausgebaut:

- Eine Mutter kann heute fünf Jahre für jedes betreute Kind aus dem Erwerbsleben ausscheiden und behält dennoch den Anspruch auf Unterhaltsgeld. Gleiches gilt für Rehabilitationsmaßnahmen und für die Vermittlung in eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.
- Frauen, die wegen der Kinderbetreuung nicht an einer ganztägigen Bildungsmaßnahme teilnehmen können, haben wir einen Anspruch auf Teilunterhaltsgeld bei Teilzeitarbeit eröffnet.
- Seit Januar dieses Jahres haben wir die Startmöglichkeiten für Berufsrückkehrerinnen zusätzlich erleichtert. Beim Einarbeitungszuschuß werden Arbeitnehmerinnen als besondere Zielgruppe herausgestellt, die nach Zeiten der Kindererziehung wieder eine Arbeit aufnehmen wollen.
- Durch die Einführung eines Überbrückungsgeldes nach § 55a Arbeitsförderungsgesetz (AFG) konnten seit 1986 bisher rund 7.000 Frauen den Weg aus der Arbeitslosigkeit in eine selbständige Existenz gehen. Durch das Eigenkapitalhilfeprogramm des Bundes und das ERP-Programm wurden von 1983 bis 1988 mit einem Fördervolumen von fast 1,4 Milliarden DM über 21.000 Frauen bei der Gründung einer selbständigen Existenz gefördert. Rund 95 Prozent aller Frauen schaffen den Sprung in die Selbständigkeit dauerhaft. Das entspricht zwischen 1983 und 1988 einem Arbeitsplatzeffekt von 70.000 bis 80.000 neuen Arbeitsplätzen.

Die Situation der meisten Arbeitnehmer ist heute ungleich besser als noch vor Jahren:

- Die Arbeitsplätze sind sicherer geworden. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit ist gebannt.
- Wer heute arbeitslos wird, findet meist in überschaubarer Zeit wieder eine Beschäftigung. Im Durchschnitt sind diejenigen, die die Arbeitslosigkeit verlassen, rund ein halbes Jahr arbeitslos gewesen.
- Die Lohnkostenzuschüsse für schwervermittelbare Ältere sind ab 1988 entscheidend verbessert worden. In diesem Jahre stehen hierfür rund 450 Millionen DM zur Verfügung, mehr als fünfmal so viel wie noch 1986.
- Die Eingliederungsbeihilfe wird stärker auf Problemgruppen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden noch mehr auf Langzeitarbeitslose ausgerichtet (Anteil 1988: 48,2 Prozent, Zielvorgabe: 60 Prozent).
- Auch die Einkommenslage der älteren Langzeitarbeitslosen haben wir kräftig verbessert: Das Arbeitslosengeld kann seit Juli 1987 bis zu 32 Monate bezogen werden. Bis Ende 1984 betrug die maximale Bezugsdauer 12 Monate.

Für mehr Flexibilität im Erwerbsleben

Wichtig ist vor allem: Wir müssen mehr Bewegung, mehr Individualität in das Erwerbsleben bringen. Arbeitsplätze entstehen nicht nach starren Plänen und Programmen, sondern nach der selbstverantwortlichen Entscheidung der im Wirtschaftsleben Handelnden. Es gibt bereits zunehmend Arbeitsverhältnisse, die sich ihren Spielraum an den starren Schablonen vorbei geschaffen haben. Nicht die aufgezwungene Einheitslösung für alle ist gefragt, sondern das, was den unterschiedlichen Wünschen und Bedingungen der Arbeitnehmer wie der Betriebe gerecht wird.

Gaddhafi und die Grünen

Mechtersheimer nährt bösen Verdacht

Zu einem „Fall Mechtersheimer“ haben Informationen geführt, wonach der Abgeordnete an einer Stiftung beteiligt ist, die mit Geldern aus Libyen gegründet wurde. Alfred Mechtersheimer, „parteiloses“ Mitglied der Fraktion der Grünen, scheint — so der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Bohl — in Gaddhafis Diensten zu stehen. Bohl weiter:

Der „Friedensforscher“ Mechtersheimer muß absolute Klarheit schaffen. Der Verdacht, er stehe in Gaddhafis Diensten, ist unerträglich. Wenn Mechtersheimer hier nicht Klarheit schafft und den Verdacht ausräumt, was ihm angesichts der selbst zugegebenen Tätigkeit als eine Art Berater nicht leicht fallen dürfte, muß er sein Mandat zur Verfügung stellen.

Dem Vernehmen nach will die Fraktion der Grünen den Fall Mechtersheimer prüfen. Die Öffentlichkeit hat auch ein Recht, daß alle Fakten auf den Tisch gelegt werden. Nur müssen jetzt alle Fakten über die Beziehungen der Bundestagsfraktion der Grünen zu Gaddhafi ans Licht: Da gab es z. B. das Mechtersheimer/Schily-Treffen mit Gaddhafi am 12. März 1982 in Wien. Da gab es Anfang Juli 1982 eine Pilgerreise einer großen Delegation der Grünen zu Gaddhafi nach Libyen. Die Presse schrieb damals auch über finanzielle Angelegenheiten. Der Vorwärts behauptete am 29. Juli 1982 sogar, Mechtersheimer habe von Gaddhafi „viele Anregungen“ mitgebracht.

Zu diesen besonderen Beziehungen der Bundestagsfraktion der Grünen muß von den Grünen ein klärendes und scho-

nungsloses Wort abgegeben werden. Andernfalls verlieren die Grünen, die sich gern als besondere Anwälte der Moral in der Politik aufspielen, auch noch den letzten Rest an Glaubwürdigkeit. Der Fall Mechtersheimer scheint ein Fall der Grünen zu werden. ■

Jungsozialisten setzen auf Rot-Grün

Was Hans-Jochen Vogel sonst gern bestreitet, hat der Juso-Bundeskongreß offenbart: eine tiefe Zerstrittenheit der SPD. Sowohl über die zukünftigen Inhalte als auch über die Personen herrschte auf dem Kongreß der SPD-Nachwuchsorganisation einiges Chaos.

Im Streit um die Inhalte behielten die Stamokap-Marxisten um die Juso-Vorsitzende Susi Möbbeck die Oberhand. Damit hat sich der Flügel durchgesetzt, der die Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in eine frühsozialistische Gesellschaft anstrebt. Aber auch die Juso-Opposition um die stellvertretende Vorsitzende Doris Ahnen setzt voll auf eine rot-grüne Zukunft.

Christoph Böhr, Vorsitzender der Jungen Union: Der Juso-Bundeskongreß war ein Vorbote für das, was die Bundesrepublik erwartet, falls die SPD weiter bedingungslos auf Rot-Grün setzt: ein politisches Chaos, in dem die Extremisten immer stärker werden und alles aufs Spiel gesetzt wird, was die Bürger in 40 Jahren Bundesrepublik Deutschland geschaffen haben.

Rupert Scholz: Die Bundeswehr steht für unser Menschenbild

„Unsere Verteidigungsanstrengungen sind nicht von einem Feinbild sondern von unserem Menschenbild bestimmt“, betonte Verteidigungsminister Rupert Scholz vor rund 100 Vertrauensmännern der Wehrpflichtigen der Bundeswehr bei dem Fachgespräch der Jungen Union Deutschlands „Wehrpflichtige — heimatfern im Truppenstreß“ in Bonn. Die Legitimation der Streitkräfte ergebe sich aus dem Menschenbild, wie es im Grundgesetz beschrieben sei. Die Bundeswehr stehe für die Achtung und den Schutz der Würde des Menschen, für die unveräußerlichen Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Frieden in unserem Land und den Schutz vor Eingriffen von außen auf diese Grundwerte.

Mit Blick auf die gegenwärtig in der Öffentlichkeit geführte Diskussion um die Notwendigkeit der Bundeswehr und ihre Friedensstärke stellt der Minister fest: „Menschenrechte, Sicherheitspolitik und Entspannungspolitik gehören zusammen. Ein Land, das nicht täglich die Bereitschaft zeigt, für seine äußere Sicherheit einzutreten, ist nicht souveränitäts- und selbstbestimmungsfähig.“ Die Bundeswehr sei der Pate für die deutsche Selbstbestimmung und die Souveränität. Dies sehe auch die große Mehrheit der Bevölkerung so. Zu den Wiener Abrüstungskonferenzen bemerkt Rupert Scholz: „Die Weimarer Konferenz zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte betrachten wir mit Optimismus. Allerdings müssen wir in Wien auch Zeit und Geduld aufbringen, Standfestigkeit ist notwendig.“ Wenn bei der Konferenz eine Verringerung der Streitkräfte

erreicht werde, stehe auch die Revision der Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate wieder auf der Tagesordnung.

Mit der Verlängerung des Wehrdienstes müsse, so der Minister, der Dienst in der Truppe sinnvoller gestaltet werden, „er muß sehr viel besser werden“. Nach den Worten von Rupert Scholz soll dies nach der dreimonatigen allgemeinen Grundausbildung durch eine ebenso lange Spezialgrundausbildung erreicht werden. Darüber hinaus müßten Quantität der Offiziere und Unteroffiziere verbessert werden. Zudem soll der Wehrdienst durch Bildungs- und Weiterbildungsangebote attraktiver gestaltet werden. Gerade die Ausführungen zur Gestaltung des Wehrdienstes stoßen bei den Vertrauensmännern der Bundeswehr auf Skepsis. Beim Heer, so ein Wehrpflichtiger, „wird schon heute ein großer Teil des Wehrdienstes mit sinnlosem Formaldienst vertrödelte“. Das Reinigen von mehrfach gesäuberten Gewehren oder Panzern stehe heute immer noch auf der Tagesordnung bei der Einheit des Heeres. „Es erscheint mir sehr zweifelhaft, daß dies bei einer dreimonatigen Verlängerung des Wehrdienstes weniger und nicht mehr werden soll“, ergänzt ein anderer Soldat.

Wolfgang Schollmeyer, der den Wehrbeauftragten Willi Weiskirch bei der Veranstaltung vertrat, appellierte an die Bundeswehr, die Arbeitsplätze für die Wehrpflichtigen attraktiver zu gestalten. Sinnloser Formaldienst fördere die Lustlosigkeit der Soldaten und nicht die Bereitschaft von Freunden und Angehörigen, junge Wehrpflichtige bei ihrem Dienst in der Bundeswehr zu unterstützen. Die

Telefon-Sonderansage zur Europawahl am 18. 6. 1989

Die Deutsche Bundespost richtet zur Europawahl für die Zeit vom 31. März bis zum 18. Juni 1989 eine Telefon-Sonderansage ein.

Die Sonderansage wird bundesweit unter der Kurzrufnummer 11 66 bzw. 0 11 66 zur Ortsgesprächsgebühr erreichbar sein. Der vom hessischen Innenministerium erstellte Text mit aktuellen Informationen zum Thema „Direktwahl des Europäischen Parlaments“ am 18. Juni 1989 wird im 14tägigen Rhythmus jeweils freitags gegen 12 Uhr gewechselt.

Bundeswehr müsse lernen, mit der Arbeitskraft ihrer Soldaten rationell umzugehen. Darüber hinaus forderte der Vertreter des Wehrbeauftragten, den Wehrsold weiter zu verbessern. „Richtschnur muß ein mittleres Auszubildendengehalt sein.“ Die bisherigen Verbesserungen für die Wehrpflichtigen reichten nicht aus, meinte er und spricht den Wehrpflichtigen aus dem Herzen. Für die Akzeptanz der Bundeswehr in der Bevölkerung ist die Politik und die Bundeswehr verantwortlich.

Als Fazit für die Junge Union bleibt nach dem Fachgespräch: Die Union insgesamt muß sich verstärkt um die sozialen Belange der Soldaten kümmern. Was nützen hochmoderne und teure Waffensysteme, wenn es bald nur noch frustrierte Soldaten gibt, die diese Waffen bedienen sollen? Junge Soldaten, die den ungeliebten Dienst fürs Vaterland 18 Monate auf sich nehmen, dürfen von den Politikern nicht im Stich gelassen werden. Ihr Dienst muß inhaltlich sinnvoll und finanziell attraktiver gestaltet werden. ■

Untervermietung mildert die Wohnungsnot der Studenten

Der Wohnungsbedarf von Studenten und Schülern ist in vielen Städten rapide angestiegen. Geeignete Wohnräume lassen sich nicht einfach aus dem Boden stampfen. Sofortige Hilfe tut aber not. Sie ist möglich insbesondere durch Untervermietung von wenig oder nicht benutzten Räumen in Wohnungen.

Die Möglichkeiten der Untervermietung sind noch lange nicht ausgeschöpft. Das Mietrecht braucht hierzu nicht geändert zu werden. Das Gesetz läßt eine großzügigere Praxis bei der Untervermietung ohne weiteres zu. Es genügt, wenn Mieter und Vermieter sich darüber einig sind.

Friedrich-Adolf Jahn, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz:

● Mieterinnen und Mieter von Wohnungen, die sie nicht voll nutzen, möchte ich dazu ermutigen: Tragen Sie an Ihre Vermieter die Bitte heran, nicht benötigte Räume wohnungsuchenden Studenten überlassen zu dürfen. Bieten Sie dann die Räume in geeigneter Weise an!

● An die Vermieter appelliere ich: Erteilen Sie Ihren Mietern großzügig Ihr Einverständnis mit einer Untervermietung von Räumen, besonders an Studenten! Es genügt, daß Mieter und Vermieter sich mündlich über die Untervermietung einig; jede freiwillige Vereinbarung reicht also aus.

Den Vorteil häufiger Untervermietung haben alle: Die Mieter gewinnen zusätzliche Einkünfte durch Untervermietung. Die Vermieter können daran angemessen teilhaben. Und Studentinnen und Studenten gewinnen Wohnraum. ■

Für ein europäisches Schülerparlament

„Schule 2000 — Bildung in Europa“ war das Motto der diesjährigen Bundeserschülertagung am 11./12. März in Trier. Der bildungspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Professor Werner Münch, unterstrich vor den Delegierten die Notwendigkeit eines fächerübergreifenden Europaunterrichtes in der Schule. Er griff die Forderung der Schüler Union nach einem europäischen Schülerparlament auf und vereinbarte mit den Delegierten, ein entsprechendes Modell zu entwickeln und im Europäischen Parlament einzubringen. Professor Münch setzte sich dafür ein, daß alle Fremdsprachenlehrer mindestens ein halbes Jahr lang in dem Land ausgebildet werden müssen, deren Sprache sie unterrichten wollen.

Zentraler Bestandteil der SU-Bundeserschülertagung war das „Schülerhearing Schule und Europa“. Der Kulturattaché der sowjetischen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Wladimir Polenow, hob hierbei hervor, daß ein Schüleraustausch zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland immer wahrscheinlicher werde. Eine entsprechende Vereinbarung werde voraussichtlich beim Besuch Generalsekretär Gorbatschows im Juni in Bonn unterzeichnet. Weitere Schwerpunkte des Hearings waren die Problematik der Kulturhoheit der Länder in einer europäischen Bildungspolitik, die Möglichkeiten des Sprachunterrichtes, der Beamtenstatus der Lehrer sowie die Schwerpunkte einer europäischen Bildung im Unterricht. Der Bundessprecher der Schüler Union, Johannes Kram, forderte in seinem Referat

Europawahl am 18. Juni

Wahllokale bis 21.00 Uhr geöffnet

Bei der Europawahl am 18. Juni können die Bundesbürger bis 21.00 Uhr ihre Stimmen abgeben. Maßgebend für die späte Schließung der Wahllokale ist das europäische Wahlrecht, das die Anlehnung an die Gegebenheiten in anderen europäischen Ländern vorschreibt. Verhandlungen mit dem Ziel, europaweit ein früheres Wahlende zu ermöglichen, haben nach Mitteilung des Bundeswahlleiters zu keinem Ergebnis geführt.

von den Schulpolitikern ein größeres Engagement für die Schulzeitverkürzung, die nach Ansicht der Schüler Union durch die einjährige Verkürzung der Mittelstufe bei entsprechender Unterrichtsreform ohne Niveauverlust möglich ist. Er warf der SPD vor, Angst vor der Schulzeitverkürzung zu haben, da die damit einhergehende Schulreform für manche SPD-regierte Länder einen Offenbarungseid ihrer Schulpolitik bedeute.

Die Schüler Union plädiere, so Kram weiter, für ein „wirklich gegliedertes Schulsystem, in dem jeder auf der für ihn geeigneten Schulform eine angemessene Bildung und Erziehung erhält“. Damit die Hauptschule nicht als „Restschule“ verkomme, sei bei dieser Schulform eine Qualifizierungsoffensive angesagt. Das Gymnasium, so Kram, dürfe nicht zu einer Verlegenheitsschule für alle werden.

Die Schüler Union verurteilt zudem die GEW, die einen Streik von beamteten Lehrern inszeniert habe und somit den Streit um Standesinteressen auf dem Rücken der Schüler austrage. ■

Europäischer Binnenmarkt 1992:

Neue Chancen, neue Arbeitsplätze

Zur Vorstellung des Beschlusses „Aufbruch in Europa — Vollendung des Europäischen Binnenmarktes 1992“ des Bundesfachausschusses „Wirtschaftspolitik“ erklären die Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Christa Thoben, MdL, und der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Binnenmarkt 92“, Rudolf Sprung, MdB:

Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes 1992 bringt einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch in Europa. In 46 Monaten wird der gemeinsame Markt von 320 Millionen Verbrauchern Wirklichkeit sein. West-Europa wird zum gleichrangigen Partner der USA und Japans. Der Binnenmarkt eröffnet deutschen Qualitätsprodukten neue Chancen und trägt zu neuen Investitionen und damit auch zu neuen Arbeitsplätzen bei. Er sichert mehr Wachstum und Beschäftigung. Durch mehr Wettbewerb gibt es stabile Preise und mehr Wahlfreiheit der Verbraucher. Die Bundesrepublik Deutschland bringt die besten Voraussetzungen mit, um sich im europäischen

Wettbewerb erfolgreich behaupten zu können.

Um die Vollendung des Binnenmarktes zu einem Erfolg werden zu lassen, muß die Politik in Europa so ausgerichtet werden, daß Einzelinteressen und Protektionismus keine Chance haben.

Deshalb müssen auf vier Feldern die Rahmenbedingungen angeglichen werden:

1. Gegenseitige Anerkennung wo immer möglich, Harmonisierung wo nötig

Der Bundesfachausschuß „Wirtschaftspolitik“ unterstützt eine Politik, die vom Grundsatz gegenseitiger Anerkennung ausgeht. Er befürwortet den Wettbewerb zwischen den Regelungen aus verschiedenen Mitgliedsstaaten. Dem Staat fällt nur die Aufgabe zu, die Einhaltung der Mindestanforderungen sicherzustellen.

Wo die Interpretation elementarer Mindestvorschriften unverträglich weit zwischen den Mitgliedsstaaten auseinanderklafft, besteht Harmonisierungsbedarf.

Materialien für Ihren Europa-Wahlkampf

Taschenlexikon

Europa von A bis Z

„Europa von A bis Z“ gibt zu aktuellen Stichworten der Europapolitik präzise und knappe Auskünfte.

Bestell-Nr.: 2138

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM

Magazin

Europas beste Seiten

„Europas beste Seiten“ zeigt die CDU als die deutsche Europapartei. Ein 16seitiges informatives Verteilmittel.

Bestell-Nr.: 2137

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 34,— DM

2. Mehr Wettbewerb — eine Herausforderung an die Politik

Der Bundesfachausschuß „Wirtschaftspolitik“ ist der Auffassung, daß „europäische Industriepolitik“ nur als Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verstanden werden muß. Interventionistische Industriepolitik darf nicht mit der Wettbewerbspolitik verquickt werden; der Wahrung eines funktionsfähigen Wettbewerbs gebührt Priorität. Daher kommt es darauf an, durch eine wirksame europäische Fusionskontrolle die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs zu sichern.

3. Europa braucht den freien Welthandel

Allen Tendenzen zur Abschottung des europäischen Binnenmarktes ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Diese wären sowohl außen- als auch binnenwirtschaftlich unverantwortlich und unververtretbar.

4. Für mehr Vernunft bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension des Binnenmarktes

Die Vollendung des Binnenmarktes bietet die historische Chance, die Soziale Marktwirtschaft, die die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich verbindet, zur tragenden Säule der Wirtschaftsverfassung der Gemeinschaft auszugestalten.

Die Maßnahmen zur „sozialen Dimension des Binnenmarktes“ sollten nicht als Vorwand für einen „sozialen Protektionismus“ dienen.

Für den Bundesfachausschuß „Wirtschaftspolitik“ bedeutet die sozialpolitische Konkurrenz der EG-Länder daher auch einen Wettbewerb der sozialpolitischen Systeme.

Für mehr EG-Berichterstattung im Fernsehen

Die in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit noch vorhandenen Informationsdefizite über den EG-Binnenmarkt und die Fortentwicklung der Gemeinschaft zur Politischen Union war Gegenstand von Gesprächen, die Werner Münch, medienpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, mit dem Programmdirektor des ZDF, Oswald Ring, und dem Koordinator Politik in der Fernseh-Programmdirektion der ARD, Martin Schulze, geführt hat.

Dabei hat Münch darum gebeten, durch möglichst umfassende Berichterstattung einen wirksamen Beitrag für eine hohe Beteiligung an den dritten Direktwahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni zu leisten. Das Parlament bedürfe in seinem Ringen um die demokratische Strukturierung der Gemeinschaft der Unterstützung der Bürger durch eine überzeugende Wahlbeteiligung.

Eine ebenso umfassende wie kontinuierliche Information ist aber auch über den Wahltag hinaus zwingend erforderlich, um den Bürgern die Vorteile zu verdeutlichen, die gerade die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft zieht.

Anzuerkennen ist der Informationswert der Sendungen, in denen ARD und ZDF bereits seit geraumer Zeit jeweils abwechselnd am Ende einer Straßburger Sitzungswoche über das Parlament berichten. Bessere Sendezeiten für diese Magazine sind jedoch ebenso angebracht wie eine Ausweitung der Information über die Europäische Gemeinschaft.

Die Öffentlichkeitsarbeit der CDU vor Ort!

„Zeitung oder Flugblatt?“... „Früh-schoppen oder Abendveranstaltung?“... so lauteten die Fragen, die die Bundesgeschäftsstelle Anfang des Jahres im UiD CDU-Mitgliedern, Amts- und Mandatsträgern stellte. Viele engagierte Mitglieder nahmen die Chance wahr, ihre Meinung über die Veröffentlichungen der CDU zu sagen, Anregungen für die Zukunft zu geben und zugleich von ihren örtlichen Aktivitäten zu berichten.

Spitzenreiter bei den Einsendern waren die Mitglieder der Landesverbände Saarland, Berlin, Baden-Württemberg.

Europa: Thema Nr. 1

Klar, daß im Europawahlkampf das Thema Europa an erster Stelle der genannten inhaltlichen Schwerpunkte stand. Interessant: Fast gleichstark folgten die Themen Familienpolitik und Gesundheitsreform.

Traditionelle Veranstaltungsformen

Überwiegend in herkömmlichen Bahnen bewegen sich die Veranstaltungsarten der CDU-Verbände: Abendveranstaltungen und Info-Stände waren die meistgenannten Mittel zur Wähleransprache, danach folgen Zielgruppenveranstaltungen und Früh- oder Dämmerhochzeiten.

Werktorveranstaltungen und Bahnhofskaktionen sind zur Zeit noch nicht so weit verbreitet. Dabei bieten sich gerade hier viele Möglichkeiten des Kontakts zum Bürger und Wähler: Nichts ist so wir-

kungsvoll wie die Zeitungsverteilung in den frühen Morgenstunden an Busbahnhöfen und Endstationen von Straßenbahnen. Auf dem Weg zum Arbeitsplatz ist die CDU-Zeitung ein ideales Informationsmittel, das von vielen gelesen wird. Auch die Wirkung des Besuches eines CDU-Politikers vor Werktoeren kann nicht hoch genug eingeschätzt werden: Hier können Wähler den Bewerber um ein politisches Mandat einmal persönlich sehen und nicht durch Radio, Fernsehen oder die Zeitung gefiltert.

Zeitungen und Flugblätter

Über zwei Drittel aller Einsender haben in ihrem Verband einen feststehenden Verteiler für Zeitungen (CDU extra, Deutschland am Wochenende). In weit über der Hälfte aller Verbände, aus denen Antworten kamen, erscheinen regelmäßig eigene CDU-Zeitungen. Damit bestätigt sich ein Trend, der schon seit einigen Jahren beständig wächst: Fast 1.500 Verbände der CDU haben inzwischen eine eigene Zeitung. Damit können sie ihre Öffentlichkeitsarbeit vor Ort selbst gestalten und vielfach einer der CDU nicht wohlgesonnenen Medienlandschaft entgegensteuern.

Auch bei bestehenden Verteilern werden Zeitungen jedoch nicht regelmäßig verteilt, statt dessen wird aktuell über die Verteilaktionen entschieden.

Aktuell ist Trumpf

Und so sieht die Hit-Liste der Materialien, die von CDU-Mitgliedern bevorzugt werden, aus:

- Faltblätter,
- Flugblätter,
- Zeitungen.

Das bestätigt ganz klar den Trend zu aktuellen und handlichen Verteilmaterialien und weg von Hochglanzbroschüren mit langen Vorlaufzeiten — eine Entwicklung, der die Bundesgeschäftsstelle mit ihrer Konzentration auf den redaktionellen Wahlkampf Rechnung trägt.

Fazit der Umfrage:

Allen Unkenrufen zum Trotz betreiben die Verbände der CDU eine aktive Öffentlichkeitsarbeit vor Ort, und die Materialien der Bundesgeschäftsstelle unterstützen sie dabei nach Kräften. Für die Zukunft sollte für unsere Aktiven gelten: Keine Angst vor Aktionsformen wie Nachbarschaftstreffen, Info-Märkten und Haltestellenverteilung. Die Bundesgeschäftsstelle wird ihrerseits alles tun, um die berechtigten Wünsche unserer Mitglieder zu erfüllen, und noch aktuellere „sachliche Aussagen in verständlicher Sprache“ veröffentlichen, bei denen auch der politische Angriff nicht zu kurz kommt.

Die Gewinner fahren nach Bonn

Unter den zahlreichen Einsendern der Umfrage im UID sind inzwischen auch die 30 Gewinner einer politischen Informationsreise nach Bonn für zwei Personen ausgelost und benachrichtigt worden. Auf sie wartet ein interessantes und abwechslungsreiches Programm.

20. Parteitag der Exil-CDU

Die Exil-CDU führt ihren 20. Parteitag vom 14. bis 16. April 1989 in Duderstadt in der Eichsfeldhalle durch. Die Veranstaltung steht unter dem Leitthema

Demokratie für ganz Deutschland

Die mit der unerfüllten Forderung des Grundgesetzes an das gesamte deutsche Volk, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, verbundenen politischen Probleme haben durch die Reformpolitik Gorbatschows und die weitgehenden Reformen in einigen osteuropäischen Ländern einerseits und durch das Ausbleiben solcher Reformen in dem von der SED beherrschten Teil Deutschlands andererseits eine besondere Aktualität erfahren. Sie wird noch durch den bevorstehenden Besuch Gorbatschows in der Bundesrepublik Deutschland akzentuiert. Die Exil-CDU als die legale Vertretung der mitteldeutschen christlichen Demokraten will auf ihrem Parteitag diese Problemlage analysieren, daraus die notwendigen Folgerungen ziehen und die damit gegebenen politischen Forderungen an die deutsche und alliierte, vor allem sowjetische Politik richten.

Buchtip: „Jugend bewegt Politik“

Unter diesem Titel hat der Vorsitzende der Jungen Union, Christoph Böhr, ein Buch herausgegeben, das die 40jährige Geschichte der Jungen Union in Einzelbeiträgen nachzeichnet. Das Buch ist im Sinus-Verlag, Postfach 13 06 04, 4150 Krefeld, erschienen und kostet 23,80 DM.

Außenwerbung im Europawahlkampf

Rechtzeitig zum Europawahlkampf haben wir für Sie die interessantesten Angebote für Plakatständer/Mastanhänger von zwei verschiedenen Herstellern zusammengestellt.

Nr.	Artikel	Format	Gesamthöhe	Preis
Abb. 1*	Dreieckständer (Blechprofilleisten)	A1	1,25 m	55,91 DM
	Dreieckständer (Blechprofilleisten)	A0	1,50 m	80,79 DM
Abb. 2	Dreieckständer (Stahlrohrgestänge)	A1	1,39 m	125,40 DM
	Dreieckständer mit PVC-Scheiben	A1	1,39 m	172,14 DM
	Dreieckständer mit PVC-Scheiben	A1	1,62 m	178,98 DM
	Dreieckständer (Stahlrohrgestänge)	A0	1,62 m	153,90 DM
	Dreieckständer mit PVC-Scheiben	A0	1,62 m	234,84 DM
Abb. 3	Mastanhänger (mit PVC-Hülle)	A1		14,25 DM
Abb. 4*	Mastanhänger (verstärkte Ausführung) jedoch ohne PVC-Hülle	A1		14,90 DM

* Die Artikel 1 und 4 werden in der Südpfalzwerkstatt für Behinderte gefertigt.
Alle Preisangaben inkl. MwSt. zuzügl. Versand.

Alle Artikel sind zu diesen Konditionen nur über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Information, zu bestellen. Die Berechnung erfolgt direkt vom Hersteller.

**Bestellungen bitte an:
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information**

**Friedrich-Ebert-Allee 73—75
5300 Bonn 1
Telefon (0228) 544-379**

Neu in Versmold

Die Dokumentation „Menschenrechte in der DDR“ im grünen Teil der letzten Ausgabe des UiD ist jetzt auch in unserem **IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold**, zu erhalten.

Bestell-Nr.: 5148

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis je Mindestabnahme:
10,— DM zuzügl. MwSt.

Außerdem sind noch folgende

UiD-Dokumentationen
im Angebot:

„In Europa sind wir Vorreiter im Umweltschutz“

Bestell-Nr.: 5135

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis je Mindestabnahme:
10,— DM zuzügl. MwSt.

„Mit Forschung die Zukunft gewinnen“

Bestell-Nr.: 5129

Mindestabnahme: 50 Exemplare
Preis je Mindestabnahme:
10,— DM zuzügl. MwSt.



Abb. 1: Dreieckständer
aus feuerverzinkten Blechprofileisen
mit ölgehärteter Hartfaserplatte



Abb. 3: Mastanhänger DIN A1
mit PVC-Hülle



Abb. 2: Dreieckständer
aus feuerverzinktem Stahlrohrgestänge
(mit PVC-Scheiben lieferbar).



Abb. 4: Mastanhänger DIN A1,
verstärkte Ausführung

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Praktisch und umweltfreundlich: Abfall-Tüte mit dem Klebestreifen



Gute Nachricht für alle Autofahrer! Endlich haben Papiertaschentücher nach Gebrauch ihren Platz, liegen leere Zigarettenpackungen nicht mehr wochenlang im Handschuhfach, sind Getränkedosen, Obst- und Verpackungsreste gut aufgehoben: Die Abfall-Tüte mit dem Klebestreifen hält (fast) überall im Wagen und nimmt jede Menge Müll auf. Klebestreifen abziehen, andrücken — einsatzbereit.

Das praktische Sympathiewerbemittel zum Thema Umweltschutz.

Bestell-Nr.: 9118

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM
zzgl. MwSt.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

UiD

11/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50), **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM, **Einzelpreis** 1,20 DM, **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.